



Die Regale in den Lagern der Hilfsorganisationen in Reykjavík sind gefüllt. Sie müssen es sein, weil immer mehr Isländer Hilfe benötigen.

Fotos Morgunbladid, dpa (2), AP

Island – nach dem Zorn kommt die Stille

Reykjavík war New York und ist Simbabwe

Es ist nicht lange her, da hat ein isländischer Banker eine drei Millionen Dollar teure Wohnung in New York mit seinem Überziehungskredit bezahlt. Heute stehen Isländer Schlange bei der Familienhilfe, wo es Kleider und Nahrungsmittel gibt. Und es wird noch schlimmer werden.

Von Hannes Gamillscheg, Reykjavík

Bjarnar Hannesson trommelt. Dick verummelt in Pelzmütze und Lederjacke, um dem Schneetreiben und dem schneidenden Wind zu trotzen, geht der alte Mann vor der Nationalbank in Reykjavík auf und ab und schlägt mit einem Metalllöffel auf eine Pfanne ein, dass die drinnen in dem Gebäude Kopfschmerzen bekommen müssen bei diesem Lärm. So soll das auch sein. „Ich stehe hier und trommle, bis sie verschwinden, diese Diebe“, faucht er und deutet auf die Direktionskanzlei, in der sich Notenbankchef David Oddsson taub stellt vor den Wirbel und für die Forderungen nach seinem Rücktritt.

Hannesson ist ein einsamer Trommler geworden. Hin und wieder kommt einer vorbei, nickt ihm aufmunternd zu, manchmal bekommt er Gesellschaft von einem Kumpel, der die Hupe ausbaute, als er seinen Lastwagen verkaufen musste, und jetzt trägt er mit dieser Hupe zu dem Höllenspektakel bei. Vor ein paar Wochen noch waren sie Tausende, hier, vor der Nationalbank, vor allem aber vor dem Parlament, und die, die dabei waren, bekommen noch glänzende Augen, wenn sie von den Tagen der Revolte erzählen. Hörður Torfason, der Sänger, Schauspieler und Menschenrechtler, war der Erste, damals im Oktober, als Islands Banken zusammengebrochen waren und das Land auf den Staatsbankrott zutrudelte. Da nahm er ein Mikrofön, einen Lautsprecher, stellte sich vor das Parlament, fragte Passanten nach ihren Gefühlen und sagte, sie sollten wiederkommen. Und sie kamen. Zuerst nur ein paar Hundert, dann ein paar Tausend, dann immer mehr.

Privatbanken hat der Premier seinen Freunden geschenkt

Sie nannten sich „Stimmen des Volkes“, und sie verlangten Rechenschaft von den Schuldigen an dem Debakel: von den Glücksrittern, die ihr Land mit wahnwitzigen Aufkäufen und Finanzspekulationen in den Abgrund rissen, und von den Politikern und Aufsichtsorganen, die ihre Kontrollpflichten versäumten und sich und der Umwelt einredeten, die Metastasen seien eine gesunde Entwicklung. Die Rechnung für diesen Irrsinn bezahlen jetzt nicht Männer wie Jon Asgeir Johannesson, der am Höhepunkt der Blase eine Wohnung in Manhattan für drei Millionen Dollar mit seinem Überziehungskredit bezahlte und dessen Baur-Firmenimperium zuletzt Schulden von einer Billion Kronen angehäuft hatte, was selbst in Euro – sieben Milliarden – keine geringe Summe ist.

Die Rechnung zahlen auch nicht Männer wie Oddsson, der einst als Premier den Kapitalmarkt liberalisierte und die privatisierten Banken seinen Freunden schenkte und der jetzt als Notenbankchef behauptet, er habe vor den Ausuferungen immer gewarnt, aber die Regierung habe nicht hören wollen.

Die, die nun die Rechnung zahlen, stehen Schlange vor den Baracken der Familienhilfe, wo gebrauchte Kleider und Grundnahrungsmittel an Bedürftige verteilt werden, nicht nur die alleinstehenden Mütter, die Behinderten, die sozial Schwächsten, die auch früher kamen, sondern auch ganz normale Familien, die nie gedacht hätten, dass sie hier stehen müssten. Dass manche im Neuwagen vorfahren, um Säcke mit Brot, Zucker und Mehl heimzuschleppen, ist nur auf den ersten Blick paradox. Noch vor einem halben Jahr war Krise ein Fremdwort, die Banken verschleuderten Kredite. Jetzt sind die Schulden explodiert. Viele hatten Darlehen in Fremdwährung aufgenommen, weil die Zinsen so niedriger waren. Jetzt ist die Krone nur noch einen Bruchteil wert, und das, was die Schuldner zurückzahlen sollen, ist mehr, als sie für ihr Haus oder Auto bekommen könnten.

„Der Hilfsbedarf hat sich vervielfacht“, sagt Sólveig Olafsdóttir, die Sprecherin des

Roten Kreuzes, „die Not wird weiter wachsen, und nichts kann sie stoppen.“ Schon hat sich die Zahl der Arbeitslosen vervielfacht, bis jetzt sind vor allem das Baugewerbe und die Industrie betroffen, in der die Betriebe wegen Schulden und Auftragsmangel zusammenbrechen. Bald wird auch der Servicektor folgen. „Früher hatte ich drei Jobs auf einmal“, sagt Austis Ausvaldsdóttir, tagsüber in einer Fischfabrik, morgens als Putzfrau, abends in einem Café, „jetzt habe ich keinen, und wenn mir mein Sohn nicht aushelfen würde, weiß ich nicht, was ich täte.“ „Noch ist für viele die Angst vor der Krise größer als die Krise selbst“, sagt der Finanzexperte Benedikt Stefanson, doch das ändert sich.

Jetzt läuft für viele, die im Herbst entlassen wurden, die Kündigungsfrist ab. Dann folgen drei Monate mit 75 Prozent des Lohns, damit lässt sich noch leben. Dann gibt es nur noch Arbeitslosengeld, umgerechnet knapp tausend Euro, das ist gar nichts in Island, bei einer Teuerung von fast 20 Prozent. Die Schulden wachsen mit der Inflation, die Ersparnisse vieler hat der Bankenkollaps zerrümmert, „das Wort Bankraub hat eine neue Bedeutung bekommen“, konstatiert Torfason mit feinem Sarkasmus.

„Eltern können ihre Kinder nicht mehr zum Sport schicken“, sagt Sólveig Olafsdóttir, „sie lassen Zahnbehandlungen abbrechen und sparen an Medizin.“ Jeder merke die Krise, sagt sie, „ich habe meinen Job, mein Mann hat seinen, wir haben ein kleines Auto und eine billige Wohnung, und doch spüren wir Monat für Monat, dass es schwieriger wird, über die Runden zu kommen.“

Und es wird schlimmer. Erst im nächsten Jahr werden die Spardiktate, die der Interna-

tionale Währungsfonds zur Bedingung für seine Kredithilfen macht, durchschlagen. Und die Verstaatlichung der Banken hat den Isländern deren gigantische Schulden aufgelastet. Daran werden noch Generationen zu zahlen haben, die noch nicht geboren sind.

Laugavegur im Zentrum von Reykjavík stand im Ruf, Europas hippe Einkaufszone zu sein, „jetzt ist sie tot“, sagt Sara, die hier in einem Friseursalon arbeitet. Die Läden mit den schicken Designerwaren bieten 30, 50, ja 70 Prozent Preisnachlass, doch Kunden gibt es nicht. „Wir haben uns nur mit New York und London verglichen“, sagt Sara, „und jetzt? Simbabwe!“ Der Rundfunk meldet Sparpläne für das größte Krankenhaus, der Sprecher sagt, dass die Summe, die eingespart werden muss, der entspricht, die die Clique der Neureichen für ihre Yachten ausgab. „Man wird so wütend“, sagt die Friseurin.

Demonstranten stellen sich schützend vor die Polizei

Das ist der Zorn, der vor wenigen Wochen die Regierung aus dem Amt fegte. Denn als die Neujahrspause des Parlaments endete und sich politisch noch immer nichts getan hatte, schlugen die Demonstranten eine neue Tonart an. „Ich bat sie, mit Töpfen, Pfannen und Trommeln wiederzukommen“, sagt Torfason, und dann belagerten sie das Althing, das sich als älteste Volksversammlung der Welt versteht, und machten einen Heidenlärm, der die Volksvertreter nicht mehr zur Ruhe kommen ließ. Kurz nur schien die Revolte auszuarten, als Demonstranten Steine, Eier und Exkremente gegen die Polizei schleuderten und diese mit Tränengas

antwortete, was es in Island seit dem Streit um die Nato vor 60 Jahren nicht gegeben hatte. Dann stellten sich andere schützend vor die Polizisten. „Auch sie sind Familienväter, haben Schulden und Partner, die arbeitslos werden“, sagt Torfason. Ein paar Tage später hatten er und seine Mitstreiter gewonnen: Regierung und Finanzaufsicht traten ab, im April sind Neuwahlen.

Und jetzt? „Wenn ich das wüsste“, sagt der Barde Torfason. „Was die Menge einte, war die Wut“, sagt Stefanson, einer der Initiatoren der Proteste, „die Menschen wussten, wogegen sie kämpften, aber nicht wofür.“ Jetzt sammeln die Samstagsdemos nur noch einen Bruchteil der früheren Scharen. Die Bürgerkomitees, bei deren Treffen sich die Menschen bis ins Treppenhaus drängten, tagen nun in halbleeren Sälen. Nach dem Zorn kommt die Stille. Vielleicht will man der Interimsregierung unter der populären Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurdardóttir, der einzigen Politikerin, die Vertrauen erweckt, eine Chance geben. Oder wissen die Isländer nicht, welchen Weg sie gehen wollen? „Wir hatten eine vorrevolutionäre Bewegung, aber aus ihr sind keine neuen Führer entsprungen“, stellt der sozialdemokratische Außenminister Ossur Skarphedinnsson fest. Die Pläne für die Bildung neuer Parteien, die das alte Establishment wegfeigen würden, haben sich zerschlagen an innerer Uneinigkeit.

Soll die EU Islands Rettungsanker sein? Oder würde die Aufgabe der noch jungen Selbstständigkeit in dem erst seit 1944 unabhängigen Land mehr schaden als nützen? Vielleicht ist es auch die Sorge um das tägliche Leben, die jetzt das politische Engagement überlagert. Oddur Arnason hat noch seine Arbeit als Webdesigner, doch sein Lohn wurde um 15 Prozent gesenkt, und seine Frau musste ihr Geschäft dichtmachen und arbeitet jetzt in einem Bäckerladen.

Noch parkt der dicke Wagen vor der Garage, noch ziert der Riesen-Flatscreen das Wohnzimmer mit den Designermöbeln. Krise? Zu sehen ist sie nicht, aber spürbar, denn die Unruhe nagt an allen. Was, wenn Oddurs Firma noch mehr Kunden verliert? „Ich war immer Optimist, aber jetzt kann ich nicht sehen, wie wir wieder rauskommen sollen aus dem Schlamassel.“ Er hat früher im Ausland gearbeitet, „und ich würde wieder gehen“, sagt er. Doch die Wohnung zu verkaufen ist illusorisch. „Vielleicht gehe ich und lasse die Familie zurück.“ Damit er Geld heimzuschicken kann, wie es früher die polnischen Gastarbeiter taten, die hier die Baustellen bevölkerten, und die alle verschwunden sind, seit die Kräne stillstehen.

Trommeln, bis Oddsson aus seinem Palast gejagt ist

Politik? Nein, für Politik haben Leute wie Oddur keine Zeit und keine Nerven. Hörður Torfason fürchtet um die Früchte des Kampfs. „Wir müssen das System der Verfilzungen von Politik und Wirtschaft brechen, sonst war alles vergebens“, warnt er seine Landsleute. Bei den Wahlen am 29. April werden die gleichen Parteien antreten, die jetzt im Althing sitzen, „und wenn wir nicht aufpassen, kommen die, die uns das alles eingebrockt haben, wieder an die Macht“. Vielleicht die gleichen Parteien, aber nicht die gleiche Politik, meint Finanzminister Steingrímur Sigfússon, der Chef der Linken: „Die neoliberale Ideologie der Gier, die das Land fest im Griff hielt, ist zusammengebrochen, das Blatt hat sich gewendet.“ Weg vom „amerikanischen Konsumismus“, zurück zu einem „nordischen Solidaritätsmodell“.

Sólveig Olafsdóttir ist überzeugt, dass die Menschen wachsam bleiben. „Sie haben verstanden, dass sie die Macht haben, Dinge zu ändern“, und das werde sie prägen, auch wenn jetzt noch ganz harte Jahre kommen.

Bjarnar Hannesson der Trommler jedenfalls will nicht ruhen, bis auch Oddsson aus seinem Palast gejagt ist, der Notenbankpräsident, das Sinnbild von Islands Kollaps, der jetzt die Regierung wissen lässt, dass sie ihn nicht entlassen könne. Und so steht Hannesson auch am folgenden Morgen wieder im Schneereich vor der Nationalbank und trommelt und trommelt.



Ministerpräsidentin Sigurdardóttir genießt Vertrauen, Notenbankchef Oddsson ist der Buhmann.



Islands Nationalbank in Reykjavík: die Inflation frisst das Vermögen der Bevölkerung.

Netanjahu als Regierungschef Gefährlicher Weg

Von Adrian Zielcke

Barack Obama hat sich in seinen ersten Amtstagen als US-Präsident klar für eine Zweistaatenregelung im Nahen Osten ausgesprochen. Bei den Wahlen in Israel hat jüngst eine Mehrheit der Wähler gegen die Bildung eines Palästinenserstaates votiert. Der Repräsentant dieses harten Kurses ist Benjamin Netanjahu, der zusammen mit Zippi Livni die nächste Regierung bilden soll. Livni aber kann kaum mit Netanjahu zusammengehen, denn sie setzt auf Frieden. Netanjahu hingegen könnte eine Regierung bilden, die sich anschießt, den Rest der Welt zu brüskieren. Denn die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ist unerlässlich, wenn im Nahen Osten einmal Frieden einkehren soll. Netanjahu hat jedoch andere Ziele. Die völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland sollen ausgebaut und nicht an die Palästinenser übergeben werden, der Friedensprozess soll nicht fortgesetzt werden, aber die radikalislamische Hamas-Bewegung soll entmachtet werden. Und Netanjahu will auch Jerusalem nicht teilen.

Israel begibt sich auf einen gefährlichen Weg. In absehbarer Zeit werden in Israel und im Westjordanland mehr Palästinenser leben als jüdische Israeli, denn diese haben eine weit höhere Geburtenrate. Wie will dann die jüdische Minderheit in einem Staat mit den Palästinensern auskommen, die man immer mehr gegen sich aufbringt? Je mehr Israel sich auf seine militärische Macht stützt, je weniger es auf die Palästinenser zugeht, desto größer wird der Hass bei den arabischen Bewohnern des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Bisher ist jeder amerikanische Präsident an der Aufgabe gescheitert, den Nahostkonflikt zu entschärfen. Auch Barack Obama hat kaum eine Chance.

Clintons Asienreise

Neue Schwerpunkte

Von Christian Gottschalk

Der Abschluss ist zugleich der Höhepunkt. Seit gestern weist US-Außenministerin Hillary Clinton in Peking, der wichtigsten Station ihrer einwöchigen Asientour. Anders als Japan, wo die Reise begann, zählt China nicht zu den engen Verbündeten oder gar Freunden der USA. Aber mit kaum einem anderen Land ist das amerikanische Schicksal inzwischen so eng verknüpft wie mit China. Das Land in Fernost besitzt US-Staatsanleihen in Höhe von 550 Milliarden Euro und ist damit größter Gläubiger Washingtons. Was im Großen gilt, gilt auch in Kleinen. Jeder Arbeitslose in den USA ist potenziell ein Kunde weniger für Importware aus China. Jeder Container aus den chinesischen Fabriken, der nicht auf die Reise ins Ausland geht, bedeutet mehr Arbeitslosigkeit im Reich der Mitte. Und es gibt nicht nur die wirtschaftliche Abhängigkeit. Will die Obama-Administration ihre Ankündigung wahr machen, den Klimaschutz voranzubringen, dann geht das nicht ohne Pekings konstruktive Mitarbeit.

Clintons Reisekalender entspringt nicht dem Zufall, die USA setzen Schwerpunkte. Die Philippinen, Thailand oder Singapur, allesamt den Vereinigten Staaten eng verbunden, haben allenfalls den Kondensstreifen von Clintons Flugzeug gesehen. Eine Charmeoﬀensive gab es dafür in Indonesien. Dort, wo mit 200 Millionen Menschen mehr Muslime leben als in jedem anderen Land, nahm Clinton gleich mehrere Bäder in der Menge. Bilder mit Symbolkraft, nachdem schon Obama der islamischen Welt die Hand ausgestreckt hat. Ein Symbol gegen Europa ist die Asienreise im Übrigen nicht. Der oft gehörte Hinweis, Europa sei immer das erste Reiseziel für US-Außenminister gewesen, ist falsch. Colin Powell startete 2001 in Nahost.

UNTEN RECHTS

Schiff ahoi!

Von Christoph Link

Seit dem klärenden Wort unseres Bundespräsidenten über die Bank- und Sparkassendirektoren im Allgemeinen sehen wir die Finanzkrise in neuem Licht. Horst Köhler war einmal Leiter des Internationalen Währungsfonds und kennt also seine Pappenheimer. Kürzlich beim Schaffermahl in Bremen hat Köhler gesagt, viele unserer Banker glaubten, ihr Leben sei eine Butterfahrt, und in dieser Annahme hätten sie uns nun vor Kap Hoorn gesegelt, wo der Wind ziemlich bläst.

Die Analogie von Seefahrt und Finanzbranche ist in der Tat augenfällig und erklärt vieles. In der gut gemeinten Absicht, für ihre Kunden billig einzukaufen, sind einige Kreditinstitute auf hoher See ins Schlingern geraten, führende Butterfahrtskapitäne mussten von der Kommandobrücke, und der Reederverband drängt die Politiker nun zum Bau eines sicheren Schutzhafens, der Bad Bank genannt werden soll, was mit einem Kurbad nichts zu tun hat, sondern Englisch ist und übersetzt schlechte Bank heißt. In der Bad Bank kann die Finanzbranche toxische Wertpapiere ablagern – sie ist sozusagen ein Sondermüllhafen. Wann die Bad Bank einmal Filialen für den kleinen Mann eröffnet, auch wir würden unser chronisch defizitäres Girokonto gerne dort führen, steht in den Sternen. Neuerdings wissen wir immerhin, dass Berlin auch Banken enteignen darf. Der Tag, an dem Menschen wie Josef Ackermann dann das Deutsche Bankschiffahrtskapitänpatent aus den Händen des Bundespräsidenten erhalten, dürfte nicht fern sein. Die Erkenntnis, dass zollfreie Butterfahrten sich nicht nur schön per Schiff, sondern theoretisch auch mit einem wetterfesten Reisebus unternehmen lassen, steht auf einem anderen Blatt. Hilft uns in der Krise aber nicht weiter.